

Liechtensteiner Anzeiger



NEU Tägliches TV-Programm

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Regierungsbildung: Neue Akzente

Zwischenparteiliche Besprechungen mit Protokoll abgeschlossen

(G.M.) - Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) und Vaterländische Union (VU) werden in den nächsten vier Jahren wieder eine Koalitionsregierung bilden. Nach dem Angebot der VU hat sich die FBP zur Regierungsbeteiligung entschlossen. Die Ergebnisse der zwischenparteilichen Verhandlungen wurden in einem Protokoll (siehe nebenstehender Kasten) festgelegt. Daraus wird ersichtlich, dass grundsätzlich die Zusammenarbeit im bisherigen Rahmen erfolgt, doch einige neue Aspekte aufscheinen.

Das Protokoll weist darauf hin, dass die bisherige Regierung - wie der Landtag mit den Neuwahlen - vor Ablauf der Mandatsperiode neu bestellt wird. Die fünf Regierungsmitglieder werden deshalb wahrscheinlich vor der nächsten Landtagsitzung zurücktreten, damit sie für eine parallel mit der Legislaturperiode neue Amtszeit bestellt werden können. An der personellen Zusammensetzung der Regierung wird sich nichts ändern: Regierungschef bleibt Hans Brunhart, das Amt des Vize-Regierungschefs wird weiterhin Dr. Herbert Wille ausüben. Zu Regierungsräten in nebenamtlicher Funktion werden wiederum Wilfried Büchel (FBP), Dr. Peter Wolff (VU) und René Ritter (VU) bestellt.

Verwaltungsunterbau verstärken

Im Protokoll wird ferner festgehalten, dass Einigkeit darüber besteht, den «unmittelbaren Verwaltungsunterbau der

Regierung neu zu organisieren und zu verstärken». Aus dieser Neuorganisation, die schon während des Wahlkampfes von den FBP-Vertretern gefordert worden war, soll eine Entlastung der Regierungsmitglieder resultieren. Im weiteren ist im Protokoll auch ein Abschnitt über die Landtagsarbeit enthalten. Für jede Sitzungsperiode wird gemäss dieser Vereinbarung eine «thematische Terminplanung pro Sitzungsperiode des Landtages» festgelegt, womit eine gewisse Struktur in die in den letzten Jahren mehr zufällige Einberufungspraxis des Landtages durch den Präsidenten kommt. Die Absicht hinter dieser Änderung besteht darin, den Landtag als Legislative gegenüber der Regierung und der Verwaltung zu stärken, die Eigenständigkeit des Parlaments verstärkt zu betonen.

Mehr als fünfzigjährige Tradition

Die Regierungsbeteiligung der Minderheitspartei in einer Koalitionsregierung hat in unserem Land bereits eine über fünfzigjährige Tradition. Am 21. März 1938 wurde erstmals ein Protokoll über eine zwischenparteiliche Vereinbarung ausgefertigt, das den Grundstein für die Zusammenarbeit auf Regierungsebene festlegte. In jenem Papier wurde einerseits die Regierungsbeteiligung festgelegt, auf der anderen Seite die Einführung des Proporzwahlsystems beschlossen, das ein Jahr später in Kraft trat.

Stärkung des Unterbaus der Regierung

Protokoll der zwischenparteilichen Besprechungen über die künftige Regierungszusammenarbeit

Der Wille zur Zusammenarbeit in der Regierung ist von beiden Parlamentsparteien schon im Wahlkampf bekräftigt worden. In zwischenparteilichen Besprechungen einigten sich Vertreter der FBP und der VU auf eine Weiterführung der Zusammenarbeit, wie aus dem nachstehend abgedruckten Protokoll hervorgeht. Der Delegation der FBP gehörten Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, Landtagvizepräsident Josef Biedermann, Fraktionssprecher Dr. Alois Ospelt und Parteipräsident Emanuel Vogt an. Die VU-Delegation setzte sich aus Regierungschef Hans Brunhart, Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter, Fraktionssprecher Reinhard Walser und Parteipräsident Dr. Otto Hasler zusammen.

Die beiden Delegationen haben nach vier Besprechungen folgende Absprachen getroffen, die sie in einem speziellen Protokoll festhielten.

Besetzung der Regierung

Bei der bevorstehenden Regierungsbildung stellt die VU den Regierungschef und zwei nebenamtliche Regierungsräte sowie die in der Verfassung vorgesehenen Stellvertreter. Die FBP stellt einen hauptamtlichen Regierungsrat und einen nebenamtlichen Regierungsrat sowie die in der Verfassung vorgesehenen Stellvertreter. Die Funktionen des Regierungschef-Stellvertreters werden dem hauptamtlichen Regierungsrat der FBP übertragen.

Es besteht unter den beiden Delegationen Einigkeit darüber, dass die gemeinsame Regierungsbildung für keine der beiden Seiten irgendwelche gegenseitige Bindungen an parteipolitische Programme zur Folge hat.

Der Staatsgerichtshof, die kollegial zusammengesetzten Zivil- und Strafge-

richte (Schöffengericht, Kriminalgericht, Obergericht, Oberster Gerichtshof), die Landesinstitute sowie die Stiftungsräte, Kommissionen und Beiräte bleiben in ihrer derzeitigen Besetzung unberührt.

Stärkung des Verwaltungsunterbaus

Die beiden Delegationen halten fest, dass die Regierungsmitglieder der Vaterländischen Union und der Fortschrittlichen Bürgerpartei gemäss deren Absprache

- vor Ablauf der Mandatsperiode 1990 zurücktreten, um die Bestellung einer neuen Regierung zu ermöglichen,
- die Vertretung der Regierung im Landtag und seinen Kommissionen nach Ressortzuständigkeit der Regierungsmitglieder regeln,
- den Ressortplan und die Ressortverteilung gemäss Beilagen festlegen,
- in ausserpolitischen Belangen, unbeschadet der Ressortzuständigkeit,

- eine gemeinsame Politik führen,
- neues Personal nach dem Qualifikationsprinzip anstellen,
- den unmittelbaren Verwaltungsunterbau der Regierung neu organisieren und verstärken.

Terminplanung des Landtages

Die beiden Delegationen halten fest, dass gemäss Absprache zwischen den Fraktionen der Vaterländischen Union und der Fortschrittlichen Bürgerpartei

- die Verwaltungsbeschwerdeinstanz gemäss Artikel 97 der Verfassung in der ersten Geschäftsitzung des neuen Landtages wie folgt besetzt wird:
 - Vaterländische Union: Präsident und zwei Mitglieder sowie zwei Ersatzmitglieder
 - Fortschrittliche Bürgerpartei: Vizepräsident und zwei Mitglieder sowie zwei Ersatzmitglieder
- jeweils eine thematische Terminplanung pro Sitzungsperiode des Landtages einvernehmlich festgelegt wird.

Weniger Goodwill für CH-Armee

Bern (spk) Ein Viertel der Schweizer Stimmberechtigten zeigt Sympathie für die Initiative «Schweiz ohne Armee». Die Mehrheit der Bevölkerung hält zudem eine kriegerische Bedrohung unseres Landes derzeit für unwahrscheinlich. Diese Resultate hat eine am Donnerstag veröffentlichte Meinungsumfrage des «Schweizerischen Beobachters» zur Landesverteidigung ergeben.

Keine Beiträge für Alternativenergie

St. Gallen (spk) Nach rund achtstündiger Beratung hat der Grosse Rat des Kantons St. Gallen am Donnerstag in erster Lesung ein Energiegesetz verabschiedet, das einen Gegenvorschlag zu einer Energiespar-Initiative darstellt. Dabei kam der Rat den Initianten aber in den strittigen Punkten praktisch nicht entgegen, so dass kaum mit einem Rückzug des Volksbegehrens zu rechnen ist.

Am zweiten Beratungstag des Gesetzes ging es vornehmlich um die Tarifstruktur und um die Möglichkeit der Subventionierung von alternativen Energieanlagen. Der von den Initianten (SP, LdU, EVP und Umweltorganisationen) als einer der zentralsten Forderungen eingebrachte Antrag, die Grenzkosten-Tarifierung einzuführen, bzw. vermehrt vom Verursacherprinzip des Verbrauchs während einzelner Tages- oder Jahreszeiten auszugehen, wurde mit dem Hinweis abgelehnt, man sei bei den st. gallischen Stromversorgern bereits auf diesem Weg. Es brauche jedoch Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse und eine gewisse Anpassungszeit sei unumgänglich.

Kein Medienrummel am ersten Jahrestag der Bischofsweihe

Weihbischof Wolfgang Haas sucht Dialog im direkten Kontakt mit den Mitmenschen

«Wo die Stille mit dem Gedanken Gottes ist, da ist nicht Unruhe noch Zerfahrenheit: Getreu diesen Worten des Franz von Assisi («Von der Kraft der Tugenden») möchte Weihbischof Wolfgang Haas dieser Tage anlässlich des ersten Jahrestages seiner Bischofsweihe am Pfingstmontag, 22. Mai 1988, in Chur nicht zum Objekt erneuter Auseinandersetzungen in den Medien werden. Wie Weihbischof Haas auch auf unsere Anfrage betreffend eines Interviews kürzlich erklärte, hat er aus vorerwählter Überlegung all die zahlreichen Ersuchen seitens Fernsehen, Radio und Medien rundweg mit der Bitte um Verständnis abgelehnt. Gestern nun liess er auch unserer Redaktion eine Stellungnahme zukommen, die wir im Innern dieser Ausgabe veröffentlichen.

Die Art der Ernennung des in Schaan aufgewachsenen und nach Mauren gebürtigen 41jährigen Liechtensteiner Wolfgang Haas brachte eine Woge von Unmutsäusserungen und Protesten aus vielen Teilen der grossen Diözese Chur mit sich. Der «antirömische Affekt» kam in der Folge aber auch bei den Bischofsnennungen in Salzburg, Köln und Feldkirch zum Ausdruck. In der Praxis konkretisierte sich dieser Protest darin, dass einige Pfarreien Vorbehalte gegenüber

der Firmspendung durch Weihbischof Haas anbrachten.

Direkten Kontakt suchen

Wie uns Weihbischof Haas erklärte,



An diesem Pfingstmontag jährt sich erstmals der Tag der Bischofsweihe von lic. theol. Wolfgang Haas am 22. Mai 1988 in der Churer Kathedrale.

möchte er ein erneutes Aufkommen von Unruhe auf Grund von allfälligen Interviews und Wertungen seiner Aussagen in den Medien vermeiden. Ihm sei zwar bewusst, dass man ihm deshalb vielleicht hier und dort mangelnde Dialogbereitschaft vorwerfen werde, er suche allerdings den Dialog nicht über die Medien, sondern durch die persönliche Begegnung mit den Menschen und die Pflege des Kontaktes zu jedem einzelnen.

Firmspendungen durchziehen

Was die Frage der Firmspendung durch seine Person anbelangt, so will Chur gemäss Aussage von Weihbischof Haas gegenüber allfälligen Vorbehalten einzelner Pfarreien entschlossen bleiben. Erklärte sich Chur beispielsweise letztes Jahr nach einer gewissen Ablehnung von Eltern bereit, in Aldorf (UR) einen Ersatz zu schicken, so soll nun dort am nächsten Wochenende Weihbischof Haas die Firmung spenden. Im Juni wird er in gleicher Funktion auch erstmals eine Pfarrei des Kantons Obwalden besuchen. Wie Weihbischof Wolfgang Haas uns weiters erklärte, wird er an diesem Pfingstwochenende in Chur die Firmung spenden.

(Die Stellungnahme von Weihbischof Haas finden Sie auf Seite 3 dieser Ausgabe.) (M.)

Migrol-Benzin um drei Rappen billiger

Zürich (AP) Die Treibstoffpreise in Liechtenstein und in der Schweiz bleiben unter Druck. Die Migrol kündigte am Donnerstag eine Rücknahme der Andienungspreise an ihre Tankstellen um drei Rappen pro Liter für alle Treibstoffe an. Die Verbilligung tritt am heutigen Freitag in Kraft. Damit geht Migrol beim Benzinpreis einen Rappen tiefer als die anderen wichtigen Anbieter, die am Mittwoch eine Senkung um zwei Rappen ankündigten.

Die empfohlenen Höchst- oder Referenzpreise der Migrol liegen neu bei 1,19 Franken für den Liter Super-, bei 1,11 Franken für den Liter bleifreies Benzin und bei 1,06 Franken beim Dieselöl. Ein Firmensprecher erklärte dazu, es werde ein Anhalten der gegenwärtigen Preisschwäche erwartet, so dass eine Senkung des Literpreises um drei Rappen gerechtfertigt sei.

Ferienland Schweiz beliebt aber teuer

Bern (AP) Die Schweiz als Ferienland ist gemäss einer Umfrage im Urteil seiner Gäste nach wie vor beliebt. Drei Viertel der in- und ausländischen Feriengäste waren mit ihrem Aufenthalt sehr zufrieden, 23 Prozent zeigten sich ziemlich zufrieden, wie der Schweizerische Fremdenverkehrsverband (SFV) am Donnerstag mitteilte. Kritisiert wurden die hohen Preise, die Lärmbelastung, die Luft- und Wasserqualität sowie teilweise die Freundlichkeit der Bevölkerung.

Die im Sommer 1988 durchgeführte repräsentative Umfrage des «touristischen Marktforschungssystems Schweiz (Tomas)» bei 15 000 Gästen bestätigte den Ruf der Schweiz als individuelles Reise-land; fast 90 Prozent der Gäste reisten individuell. Mehr als drei Viertel aller Reisen in die Schweiz seien Ferienreisen.

ETH: Mehr Geld und Personal verlangt

Zürich (spk) Die Eidgenössischen Hochschulen (ETH) wollen die Hochtechnologieforschung und die damit verknüpfte Zusammenarbeit mit der Industrie verstärken. Die vom Schweizerischen Schulrat am Donnerstag verabschiedete Finanzplanung für die nächsten Jahre verlangt vom Bund eine spürbare, mit einer Personalvermehrung verbundene Ausgabenerhöhung.

Der Schweizerische Schulrat hat an seiner Sitzung vom Donnerstag in Zürich das Budget 1990 und die Finanzplanung 1991 bis 1993 des Schulratsbereiches zuhanden des Bundesrates verabschiedet. Gemäss einer Pressemitteilung vom Donnerstag verlangen die wachsenden Aufgaben im Bereich von Lehre und Forschung und die Anstrengungen im Technologietransfer für die nächsten Jahre deutliche Mehrausgaben des Bundes an die ETH.

Jahresteuerung auf 2,6 Prozent gestiegen

Bern (AP) Die Jahresteuerung ist in Liechtenstein und der Schweiz im April auf 2,6 Prozent gestiegen und erreichte damit den höchsten Stand seit Dezember 1985. Im Monatsvergleich beschleunigte sich die Teuerung um 0,5 Prozent, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Donnerstag mitteilte. Der Preisschub ist etwa zur Hälfte auf die gestiegenen Preise beim Heizöl und Benzin zurückzuführen. Der stellvertretende Biga-Direktor Volker Kind hofft, dass die Inflation bis zum Jahresende wieder unter Kontrolle ist.

Die Jahresteuerrate hatte Ende März noch 2,3 Prozent betragen und vor Jahresfrist 1,9 Prozent. Im Dezember 1985, als die Inflation letztmals höher als jetzt war, lag die Jahresrate bei 3,2 Prozent. Nach Herkunft betrachtet, erhöhte sich das Preisniveau bei den Inlandgütern im April um 0,2 Prozent, bei den Importgütern um 1,4 Prozent. Innert Jahresfrist verzeichneten die Inlandgüter eine durchschnittliche Preissteigerung um 2,5 Prozent, die massgeblich durch die Verteuerung der Erdölprodukte beeinflusst. Importgüter eine Zunahme um 3,1 Prozent.

Die Zunahme des Landesindex der Konsumentenpreise im April auf den Stand von 114,8 (Dezember 1982 = 100) Punkten wird zu rund der Hälfte auf Preiserhöhungen bei den Erdölprodukten zurückgeführt. Die Gruppensumme für Heizung und Beleuchtung erhöhte sich um 3,7 Prozent, jene für Verkehr um 2,0 Prozent. Über dem Stand der Vorerhebung liegen aber auch die Indexziffern für Nahrungsmittel (+0,5%) und für Körper- und Gesundheitspflege (+0,4%).

Wir helfen weltweiter.



Repräsentanz für Liechtenstein
Josef Sole
Aeulestrasse 80, FL-9490 Vaduz
Telefon 075/2 43 33

CITY-OPTIK
ALLES FÜR IHRE AUGEN

City Optik AG
FL-9490 Vaduz · Aeulestrasse 74
Telefon 075 / 2 81 88